67. Jahrgang Nr. 51

Berliner

Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Dienstag, 4. Februar 1919

Bremen besetzt.

„Ohne erhebliche Schwierigkeiten!"

Wie die V. V. N. soeben erfahren, ist der Einmarsch der Truppen heute früh ohne erhebliche Schwierigkeiten in Bremen kurz nach 9 Uhr erfolgt. Es scheint daher, daß sich die Voraussicht der zuständigen Stellen erfüllt hat, daß die Ablieferung der Waffen durch die organisierte militärische Macht der deutschen Republik ohne große Hindernisse durchgeführt werden kann, wenn die Putschisten einen energischen Willen sehen.

*

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bremer Arbeitern sind gescheitert. Die Volksbeauftragten bestehen auf einer Bremer Regierung, die auf Grund der Wahlen zur Nationalversammlung zustandekommen soll, also auf einer wahrhaft demokratischen Regierung, einem Volksrat, wie ihn alle deutschen Bundesstaaten erhalten. Die Bremer Arbeiter wollen nur eine Regierung zugestehen, die auf Grund der Wahlen zum A.- und S.-Rat zustandekommen soll; sie wollen also eine undemokratische Klassendiktatur verewigen. Eine demokratische Regierung konnte sich hierauf nicht einlassen.

Auch die Entwaffnung durch die Hamburger und Bremerhavener Truppen begegnete bei der Reichsregierung erhebliche Bedenken. Sie scheint diese Truppen nicht für energisch genug zu halten, daß sie die Entwaffnung gründlich und dauernd durchführen. Und doch steht und fällt mit der Sicherheit in unseren Seestädten die geordnete Lebensmittelversorgung Deutschland. Gerade darum aber hat sich Spartacus Bremen und Hamburg und andere Seestätte als bevorzugtes Tätigkeitsgebiet ausgesucht, nachdem er in Berlin kapitulieren mußte. Indem er hoffte, die bald einsetzende überseeische Lebensmittelzufuhr stören zu können, gedenkt er, auf solche Weise dem deutschen Volke seine Diktatur aufzwingen und das erpressen zu können, was man ihm freiwillig nicht gewährt. Darum war äußerste Energie notwendig. Glücklicherweise ist es in Bremen ohne erhebliche Schwierigkeiten abgelaufen; es ist zu hoffen, daß es auch in Hamburg ähnlich ablaufen wird. Die Sicherheit der Lebensmitteleinfuhr muß unter allen Umständen gewährleistet werden, wenn wir nicht verhungern wollen.

Interessant ist die Mitteilung der P. V. U., daß die Bremer Mehrheitssozialisten, die um des lieben Friedens willen einen Vermittlungsvorschlag zwischen den Extremen und der Division Gerstenberg machten, infolge der kompromittierenden Unzuverlässigkeit und Halsstarrigkeit der Linksradikalen am Montag beim Stabe der Division Gerstenberg erklärten, daß sie den Einmarsch für unbedingt notwendig halten.

Hamburg, 4. Februar.

Anscheinend ist beabsichtigt heute in Hamburg die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Angriff zu nehmen, die in 14 Werbebureaus durchgeführt werden soll. Die Haltung der Truppen wird als nicht einheitlich bezeichnet: Ein großer Teil soll sich **geweigert** haben, nach Bremen zu marschieren, einige haben aber anscheinend der Aufforderung Folge geleistet.

Ein Putschversuch gegen Weimar.

Gotha, 4. Februar.

Ein Aufgebot des hiesigen unter dem Einfluß der Unabhängigen Sozialdemokraten stehenden Militärs in Höhe von annähernd einer Kompagnie begab sich heute abend nach Weimar. Selbstverständlich fehlten auch die üblichen „Matrosen" nicht unter der Infanterie, auch verschiedene mit Karabinern ausgerüstete Zivilisten sah man unter den Soldaten. Die letzteren führten auch eine Anzahl von Maschinengewehren mit sich. Wie aus Gesprächen zu entnehmen war, sind auch Truppen aus Eisenach und Erfurt nach Weimar unterwegs, wohin von Erfurt aus auch Artillerie ausrücken soll. Die hiesigen Truppen waren sehr gut ausgerüstet und nahmen allem Anschein nach auch weit mehr Schußwaffen mit, als zu ihrer eigenen Ausrüstung nötig waren.

Unveränderte Lage in Braunschweig.

Dr. Jasper wieder freigelassen.

Braunschweig, 4. Februar. Der Telegraphen-Union wird berichtet: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Rechtsanwalt Dr. Jasper, der unter dem Verdacht verhaftet worden war, mit starken Kräften zusammengearbeitet zu haben, deren Zweck der Sturz der braunschweiger Regierung mit Hilfe militärischer Macht ist, ist wieder freigelassen worden. Die Lage in Braunschweig hat noch keine Veränderung erfahren.

Generalstreik des Bürgertums in Düsseldorf.

Düsseldorf, 4. Februar.

Die Zustände, die sich in Düsseldorf unter der Herrschaft der Spartacus-Leute herausbildeten, haben nunmehr dazu geführt, daß die Düsseldorfer Bürgerschaft den Weg der Selbsthilfe beschritten hat. An die jetzigen Düsseldorfer Machthaber ist ein heute nachmittag 3 Uhr ablaufendes Ultimatum gerichtet worden seitens des Vollzugsrates der Beamten- und Arbeiterausschüsse und der öffentlichen Behörden Düsseldorfs, der Aerzte, Apotheker, Bankbeamten, der kaufmännischen Vereine, der vereinigten Düsseldorfer Innungen, der Rechtsanwälte, der Presse und anderer bürgerlicher Gruppen, in welchem die Forderung nach absoluter Presse- und Versammlungsfreiheit gestellt wird. Ferner wird die Gewähr der freien und ungehinderten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und die Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahl verlangt.

Der Friede und die Internationale.

Der erste Tag der Berner Konferenz.

Branting führte in seiner Rede u. a. folgendes aus: „Der Krieg, der die Welt verheert hat, war nur möglich innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die immer bestrebt war, die Internationale abzuschaffen. Die Versuche, welche bis zum letzten Moment gemacht wurden, die Internationale zum gemeinsamen Widerstand gegen den Krieg zu vereinigen, sind vollständig gescheitert. Es muß jetzt an uns die Reihe sein **mit Bestimmtheit gegen den Annexionismus, von welcher Seite er auch kommen mag, aufzutreten im Namen der gesamten sozialistischen Demokratien in Europa** und einstimmig Friedensbedingungen zu fordern.

für die neuen Republiken,

welche aus den Ruinen der alten Kaiserreiche entstanden sind. Schon die Londoner Konferenz der Ententesozialisten im Februar 1915 hat betont, daß der Krieg nur gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk geführt werde. Es wäre unfair, wenn jetzt die Arbeiterklasse wegen der von ihr begangenen Verbrechen ganz verbluten müßte, und es wäre mit der Zivilisation unvereinbar, wenn die Arbeiterklasse sogar zu schwerer Arbeit verurteilt würde.

Wilson hat es unternommen, mit seinen 14 Punkten inmitten der Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Welt gewissermaßen eine Revolution herbeizuführen, und hat statt des Rechts des Einzelnen einfach das Recht aller proklamiert. Wie Paris jetzt zum **Sammelpunkt der herrschenden Klassen** geworden ist, so kann auch **Bern als Sammelpunkt der Arbeiterklassen** Geltung bekommen. **Bern muß die**

Kontrollstation der Arbeiterklasse

werden, um einer möglichen Verfälschung des Wilsonschen Programms entgegenzuarbeiten. Hier in Bern werden wir auch unser Programm für den Völkerbund aufstellen.

Was die territorialen Fragen, die die Welt beunruhigen, anbetrifft, so ist auch hier im Rahmen der Richtlinien, die die Arbeiter aufgestellt haben, **ein Ausgleich ohne Bitterkeit** möglich. Wilson hat auf Grund seiner vierzehn Punkte dagegen protestiert daß Völker und Provinzen von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachert werden können. Die sozialistischen Arbeiter erheben energischen Protest gegen derartige Versuche. **Ich warne die Sieger davor, den Sieg zu mißbrauchen und dadurch neue Konflikte hervorzurufen.** Ich warne die jungen Nationen davor, in ihrem ersten Rausch weiter zu gehen als billig ist.

Branting betonte, daß in dem Friedensvertrag auch die

allgemeine Arbeitergesetzgebung

einbegriffen sein müsse und fuhr fort: Unter Mißbrauch des Wortes von der Diktatur des Proletariats wird die **Herrschaft für einen Minderheitsterror** verlangt, der das Gegenteil des Sozialismus erstrebt. Wir, die wir hier versammelt sind, lehnen energisch jede Entartung ab, die nur der Arbeiterklasse schaden und den Sozialismus kompromittieren könnte.

In der Abendsitzung ergriff zunächst der französische Abgeordnete Mitral das Wort. Die Hauptsache sei, daß die heutige Konferenz sich mit dem Inhalt des zukünftigen Friedens befasse und gleichzeitig auch ein Wort des Grußes für die aus dem revolutionären Zustand in Deutschland, Oesterreich und Rußland hervorgegangenen Staaten sende.

Für die deutschen Mehrheitssozialisten erwiderte sodann der Abgeordnete Wels auf die Angriffe Thomas' gegen die Politik der deutschen Mehrheitssozialisten. Er rechtfertigte die Politik der deutschen Mehrheitssozialisten während des Krieges und führte den Sozialisten der Entente vor Augen,

wie oft gerade sie versagt hätten,

wo es sich um die Sache des Friedens und der Menschlichkeit gehandelt habe. Wels erklärte es für unklug, wenn Thomas die Brandmarkung und den Ausschluß der deutschen Mehrheitssozialisten fordere. Wenn der Aufbau der Internationale kommne, so komme er nur unter Mitwirkung der deutschen Sozialisten, hinter denen die Mehrheit des deutschen Volkes stehe. Thomas habe darauf hingewiesen, daß **in Paris imperialistische Strömungen** am Werke seien, es sei deshalb Pflicht der Sozialdemokratie, vorwärts und nicht rückwärts zu schauen. Die deutschen Sozialisten hätten verwirklicht, was die internationalen Kongresse vor dem Kriege gefordert hätten, sie hätten den sozialistischen Staat aufgebaut und kämen nicht mehr als Vertreter des absoluten Deutschlands, sondern als Vertreter der **sozialistischen Republik,** die mit dem Achtstundentag und mit dem freiesten Wahlrecht der Welt die Hauptforderungen der Sozialdemokratie verwirklicht habe. Als alles versagt habe, und der Krieg ausbrach, habe die deutsche Sozialdemokratie sich zu ihrem Volke gestellt. Die deutschen Sozialisten wollten dort, wo Unrecht geschehen sei, das Unrecht gern anerkennen;

der Einbruch in Belgien

sei ein Vertragsbruch gewesen und müsse seine Sühne finden. Das erkläre er feierlichst vor der gesamten Internationale. Dann brachte Wels seine **Anklagen gegen die Entente** vor, ihren Hungerkrieg gegen deutsche Frauen, Greise und Kinder, der 700 000 Tote gekostet habe, und deren Kriegführung den deutschen Mehrheitssozialisten zum großen Teil die Trümpfe aus der Hand geschlagen habe, die sie gegen den U-Bootkrieg besaßen.

Thomas habe darauf hingewiesen, daß die deutschen Mehrheitssozialisten mitschuldig am Frieden von Brest-Litowsk seien. **Er müsse Thomas fragen, wo denn die französischen Sozialisten gewesen seien, als die Friedensverhandlungen um acht Tage verschoben wurden, damit die ganze Welt am Frieden teilnehme.** Damals, als die französischen Sozialisten nicht gekommen waren, damals halfen sie, den Frieden von Brest-Litowsk bilden, den hernach die deutschen Sozialisten bekämpften. **Wenn Thomas frage, wo die deutschen Sozialisten bei Brest-Litowsk gewesen seien, so müsse er fragen, wo die französischen Sozialisten bei der Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen geblieben seien, die härter als der härteste Friedensvertrag seien, der jemals einem Volke aufgezwungen wurde.** Das deutsche Volk wolle einen Rechtsfrieden schließen, und erwarte **die Durchführung dieses Rechtsfriedens von der Macht des Proletariats.** Es werde aber in seinem Glauben an die Macht des Sozialismus getäuscht werden, wenn der Rechtsfrieden sich in einen Machtfrieden verwandeln sollte, der **Keim zu neuen Kriegen** legen würde. Die deutschen Mehrheitssozialisten lehnten die Verantwortung dafür ab. Sie sehnten sich nach der Zusammenarbeit mit ihren Freunden in den Ententeländern. Die Ententegenossen möchten der deutschen Sozialdemokratie helfen, daß sie in ihrem Lande weiter wirken könnte für den Sozialismus, im Geiste der Menschlichkeit und Brüderlichkeit.

Bern, 3. Februar. (Schweizerische Depeschen-Agentur.)

Die Gewerkschaftsvertreter auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Bern haben sich dahin verständigt, daß Anträge zum Friedenskongreß gemäß dem Programm von Leeds und Bern den einzelnen Gewerkschaften zu überlassen sind. Die Frage der Fusion der Organisationen des internationalen Gewerkschaftsbundes soll auf einer Konferenz in Bern geregelt werden. Die erste gemeinsame Sitzung soll Mittwoch, 5. Februar, im großen Saale des Berner Volkshauses stattfinden.

Ein Appell an die Konferenz.

Dem Bruder Karl Liebknechts, Theodor Liebknecht, wurde, wie die „Republik" meldet, der Reisepaß nach der Schweiz von der Regierung verweigert. Daraufhin hat er das folgende Telegramm nach Bern gesandt:

„Internationale Sozialistenkonferenz, Bern.

Erbitte Hilfe der Internationale gegen Versuch der mitschuldigen Ebert-Regierung, durch Kriegsgericht Aufklärung zu verhindern, und protestiere beim Andenken meines Vaters und ermordeten Bruders gegen Zulassung ihrer Handlanger zur Konferenz. Kommen unmöglich, da Paß trotz Mandats von Regierung zurückgehalten. Th. Liebknecht."

Wir halten es nicht für sehr geschickt, daß in dieser Weise aus dem Tode Liebknechts ein internationaler Skandalfall gemacht wird. Wir meinen vielmehr, daß der Regierung Ebert-Scheidemann selbst am allermeisten an einer völligen Aufklärung des Sachrerhalts liegt.

Aufruhr im Ruhrgebiet.

Verhängung des Belagerungszustandes.

Essen (Ruhr), 4. Februar. (Privat.)

Die Verhältnisse im Ruhrrevier spitzen sich immer mehr zu. Die Streikbewegung nimmt kein Ende und gewinnt immer mehr eine radikalere Richtung. Seit einigen Tagen wird auf sämtlichen Schächten der Zeche „Zollverein" gestreikt, weil die Verwaltung die Bezahlung aller Streikschichten seit Beginn der Revolution verweigert. Auf den Zechen Rheinelbe und Alma ist, nachdem es zu erheblichen Ausschreitungen gekommen war, heute die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auf den Zechen Concordia (Oberhausen) kam es zu Plünderungen der Magazine und Läden, so daß der Arbeiter- und Soldatenrat den Belagerungszustand verhängte. Aehnliche Verhältnisse spielten sich übrigens auch auf einer ganzen Reihe anderer Zechen ab, so auch auf den verschiedenen Hartener Zechen und auf der Zeche Mont Cenis.

Der neue sächsische Gesandte in Berlin. Wie der „Dresdener Anzeiger" zuverlässig erfährt, ist der frühere Minister des Innern, Koch, zum sächsischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Der Urheber der Armeniergreuel entflohen. Nach einer telegraphischen Meldung aus Athen ist der Exgouverneur von Diarbekir, Reschid Bei, der angeblich der Urheber der Metzeleien unter den Armeniern sein soll, aus dem Gefängnis entflohen.